

OMV— Report



Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung Kreisverband Südwestsachsen

Jahrgang 1, Ausgabe 2, 1. September 2008

5. Landestagung der OMV in Oschatz



Von Kai Hähner (Vorsitzender OMV
Südwestsachsen)

Liebe Mitglieder und Freunde der
OMV,

Gern möchte ich Sie an dieser Stelle auf die 5. Landestagung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU Sachsen hinweisen. Die Veranstaltung findet am **27. September ab 14.00 Uhr im Hotel „Gasthaus zum Schwan“, Sporerstraße 2 in Oschatz** statt. Gemeinsam bestimmen wir mit der Wahl unseres Landesvorstandes die politische Richtung der sächsischen OMV für die kommenden zwei Jahre. **Der öffentliche Teil unserer Landestagung beginnt um 16.00 Uhr.** Die OMV freut sich Herrn Thomas Paulwitz hierzu als Referenten begrüßen zu kön-

nen. Sein Vortrag beschäftigt sich mit dem **„Stand und Zukunft der deutschen Sprache“**. Alle Interessenten sind herzlich eingeladen.

In der letzten Ausgabe hatte ich bereits auf geplante Weiterbildungsseminare zur Stärkung des Themas Vertreibung im Unterricht hingewiesen. Mittlerweile hat die sächsische Bildungsagentur Chemnitz eine erste Weiterbildungsveranstaltung für Geschichtslehrer in ihr Fortbildungsprogramm aufgenommen. Thema des Fortbildungsseminars ist „Flucht und Vertreibung in Folge des 2. Weltkrieges“. Das Seminar wird ganztägig am 22. April nächsten Jahres in Chemnitz stattfinden. Als Referentin konnte Frau Lüttich vom Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen gewonnen werden.

Sind heimatvertriebene Deutsche nun Polen?

Viele Heimatvertriebene erhalten derzeit mit der neuen Steuer-Identifikationsnummer bescheinigt, dass sie in Polen geboren wurden. Hierzu erklärt der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV), Helmut Sauer (Salzgitter): Den Angaben vieler Heimatvertriebener aus den vergangenen Tagen entnehmen wir, dass im Rahmen des Erhalts einer neuen Steuer-Identifikationsnummer in den diesbezüglichen Bescheiden der Behörden deren Geburtsort falsch angegeben worden sei. So fand sich bei Betroffenen, die vor 1945 im damaligen Deutschen Reich, beispielsweise in Breslau oder Danzig, geboren wurden, zum Geburtsland die Angabe "Polen". Dies hat bei vielen Menschen, die aus dem ehemaligen deutschen Osten kommen, Unverständnis und Verärgerung hervorgerufen. Sie fordern zu Recht eine Richtigstellung ihrer jeweiligen Geburtsangaben.

Der Sächsischen Zeitung vom 14. August 2008 war zu entnehmen, dass die Fehler wohl im Zusammenhang mit einem automatisierten Datenabgleich, in dessen Rahmen die Datenbestände des kommunalen Melderegisters und des Steuerregisters abgeglichen wurden, geschehen sind. Ein Sprecher des Sächsischen Städte- und Gemeindetages sieht die Schuld beim Bund, da dieser den Datenabgleich forciert habe.

Die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung fordert die zuständigen Stellen, insbesondere das Bundesministerium der Finanzen und den Bundesfinanzminister, dazu auf, Sorge dafür zu tragen, dass schnellstmöglich eine Richtigstellung der falschen Geburtsangaben bewirkt wird. Ferner fordern wir eine Neubeurteilung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger.

Pressemitteilung OMV, Berlin den 15. August 2008

CDU begrüßt Heimkehrerentschädigung – Anträge schnell stellen!

Die CDU-Landtagsfraktion begrüßt die vorgezogene Entschädigung ostdeutscher Kriegsheimkehrer. Der Bundesrat hatte am Freitag ein Gesetz beschlossen, wonach ehemaligen ostdeutschen Kriegsgefangenen ab dem 1. Juli eine Entschädigung zusteht. „Der Freistaat Sachsen hatte sich für diese Leistung seit Jahren eingesetzt, weil die Ost-

Ostdeutschen gegenüber ihren westdeutschen Leidensgenossen leer auszugehen drohten“, sagte CDU-Sozialpolitiker Alexander Krauß. Es sei richtig, dass das Gesetz nun um ein halbes Jahr vorgezogen werde, weil die Zahl der Anspruchsberechtigten sonst noch weiter gesunken wäre.

Fortsetzung auf Seite 2

„Wir hätten uns gewünscht, dass das Gesetz noch viel eher in Kraft tritt“, so Krauß. Er empfahl den Betroffenen, schnell einen Antrag zu stellen. Die Antragsunterlagen sind beim Bundesverwaltungs-

amt in Köln erhältlich (www.bva.bund.de). Je nach Länge der Kriegsgefangenschaft erhalten die Senioren zwischen 500 und 1500 Euro.

PresseDienst CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag, Dresden den 13. Juni 2008

OMV: Artikel 116 Grundgesetz bleibt! - Polen fordern Grundgesetzänderung

Aktuellen Pressemeldungen ist zu entnehmen, dass die in Polen mitregierende Polnische Bauernpartei (PSL) Deutschland dazu aufgerufen hat, den Artikel 116 des Grundgesetzes zu streichen, der Deutschstämmige in den früheren Ostgebieten betrifft. Hierzu erklärt der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV), Helmut Sauer (Salzgitter): Laut Online-Ausgabe der Süddeutschen Zeitung vom 9. April 2008 soll der Vorsitzende der PSL-Fraktion im Polnischen Parlament (Sejm) Stanislaw Zelichowski sich dahingehend geäußert zu haben, dass es an der Zeit sei, den Artikel 116 des Grundgesetzes zu streichen. Nach Ansicht der PSL störe der Verfassungsartikel die deutsch-polnischen Beziehungen, weil er die deutsche Staatsbürgerschaft an die Vorkriegsgrenzen von 1937 binde. Wie die Online-Ausgabe der Süddeutschen Zeitung weiter berichtet, rechne der PSL-Politiker mit der Unterstützung aller im Parlament vertretenen Parteien. Die PSL ist seit vergangenen Herbst Junior-Partner der Bürgerplattform (PO) in der Koalitionsregierung von Donald Tusk. Sie berufe sich bei ihrem Vorstoß auf den polnischen Völkerrechtler Jan Barcz, nach dessen Auffassung Artikel 116 des Grundgesetzes den deutsch-polnischen Grenzvertrag von 1990 verletze.

Die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung weist diese Forderungen aus der PSL entschieden zurück. Nach Artikel 116 des Grundgesetzes ist Deutscher, „wer die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat“.

Diese Vorschrift unseres Grundgesetzes hat unter anderem nach wie vor Bedeutung für die Aufnahme von Spätaussiedlern in der Bundesrepublik Deutschland. Hierzu stehen wir unverändert. Eine Abschaffung kommt für uns nicht infrage. Dies verbietet nicht zuletzt das Schicksal der betroffenen Menschen. Die Bauernpartei sollte sich mangels Sachkenntnis aus innerdeutschen Angelegenheiten heraushalten und sich besser positiv einbringen, in die rasche Umsetzung des geplanten Reprivatisierungsgesetzes. Somit würde sie einen Beitrag leisten, damit endlich die entschädigungslose Enteignung und noch bestehende polnische Unrechtsgesetze überwunden werden.

Pressemitteilung OMV, Berlin den 9. April 2008

Erika Steinbach zum sechsten Mal zur BdV-Präsidentin gewählt Mehr Bundestagsabgeordnete im Präsidium

Erika Steinbach MdB ist auf der heutigen Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen in der Hessischen Landesvertretung in Berlin mit überwältigender Mehrheit zum sechsten Mal wieder für weitere zwei Jahre zur BdV-Präsidentin gewählt worden. Die Delegierten würdigten damit vor allem auch die persönliche Arbeit, die sie in ihrer zehnjährigen Amtszeit für die Heimatvertriebenen geleistet hat.

Zu Vizepräsidenten wurden gewählt: Adolf Fetsch, Wilhelm von Gottberg, Alfred Herold, Christian Knauer, Helmut Sauer und Albrecht Schläger.

Weitere Präsidialmitglieder wurden: Oliver Dix, Dr. Bernd Fabritius (Bundesvorsitzender des Verbandes der Siebenbürger Sachsen in Deutschland), Bernhard Krastl (Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Banater Schwaben), Stephan Mayer MdB, Hartmut Saenger (Sprecher der Pommerischen Landsmannschaft) und Arnold Tölg (Landesvorsitzender des BdV-Landesverbandes Baden-Württemberg). Mit Stephan Mayer MdB CSU gehört ein weiterer aktiver Bundestagsabgeordneter (MdB seit Oktober 2002) dem Präsidium an.

Pressemitteilung des BdV, 12. April 2008

Impressum: Der OMV-Report wird als Mitgliederzeitung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung Südwestsachsen (OMV) herausgegeben. ViSdP ist der Vorstand, vertreten durch den Kreisvorsitzenden Kai Hähner. Angaben nach § 6 TDG/§ 10 MDStV: Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion widerspiegeln. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge zu kürzen bzw. redaktionell zu modifizieren.

Kontakt: Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung Südwestsachsen, c/o CDU Chemnitz, Markt 5, 09111 Chemnitz
Telefon: 0371-6661955, Fax: 0371-6664945, e-mail: info@omv-suedwestsachsen.de

Vorstand: Kai Hähner (Vorsitzender), Jörg Unger (stellvertretender Vorsitzender), Dr. Helmut Rotsch (Schatzmeister), Adolf Braun (Beisitzer), Falk Haude (Beisitzer), Rudolf Meinel (Beisitzer), Christian Zapp (Beisitzer), Alexander Schulz (beratendes Vorstandsmitglied)

Beschlüsse der BdV-Bundesversammlung

Der Bund der Vertriebenen hat auf seiner Bundesversammlung am 12.04. 2008 in der Hessischen Landesvertretung in Berlin eine Anzahl von Beschlüssen gefasst, die wir hiermit zur Kenntnis geben: Die Bundesversammlung begrüßt den Kabinettsbeschluss der Bundesregierung vom 19. März 2008, ein Sichtbares Zeichen gegen Flucht und Vertreibung in Berlin zu errichten. Jetzt ist der Weg frei für eine würdevolle Ausstellungs-, Informations- und Dokumentationseinrichtung. Es ist gut, dass sich die Bundesregierung selbst dieser Aufgabe stellt. Das ist ein Akt der Solidarität und zeugt von Verantwortungsbewusstsein für eine vollständige deutsche Geschichte. Es kommt nun darauf an, dass an diesem „Ort lebendigen Gedächtnisses“ ein wahrhaftiges deutsches und europäisches Geschichtsbild sichtbar gemacht wird und die Initiative der Bundesregierung nicht verfälscht oder zweckentfremdet wird. Wir begrüßen, dass eine angemessene Beteiligung von Repräsentanten der deutschen Vertriebenen in den Gremien vorgesehen ist. Es ist unser Wille, dass in dem aufsichtsführenden Gremium der Bund der Vertriebenen mit seinen Landsmannschaften und Landesverbänden durch BdV-Präsidentin Erika Steinbach MdB vertreten wird. Sie ist hierfür nicht nur dank ihres Amtes sondern auch dank ihrer Initiative und ihres jahrelangen Wirkens für ein solches Dokumentationszentrum in Berlin prädestiniert. Darüber hinaus erwarten wir, dass für die Gremien wie bei anderen Gedenkstätten üblich, eine angemessene Zahl von Vertretern, die dem Anteil der über 15 Millionen Vertriebenen und Flüchtlinge gerecht wird, benannt werden.

Zu den deutschen Spätaussiedlern: 1. Alle Bundesregierungen haben bisher das kollektive Kriegsfolgenschicksal der Deutschen aus Russland anerkannt, das die Fortsetzung ihrer Aussiedlung in die Bundesrepublik Deutschland ermöglicht. Die Ausreisepflicht sanken seit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes am 1. Januar 2005 gegen Null. Hauptgrund für den rapiden Rückgang ist die Überbetonung deutscher Sprachkenntnisse im Aufnahmeverfahren, die vor dem Hintergrund der geschichtlichen Ursachen des Sprachverlusts nicht zu rechtfertigen ist. Wir sprechen uns daher für die erneute Überprüfung des Kriteriums „deutsche Sprachkenntnisse“ im Spätaussiedleraufnahmeverfahren aus.

2. Es gab manche Verbesserungen hinsichtlich des Nachzugs der Familienangehörigen von Spätaussiedlern. Unnötige Härtefälle, die insbesondere durch Verzögerungen beim Nachzug von erwachsenen Familienmitgliedern entstehen, müssen jedoch vermieden werden. Wir erwarten daher eine raschere und weniger bürokratische Abwicklung dieser Fälle, die der Tatsache Rechnung trägt, dass Deutsche aus Russland unter massiven Benachteiligungen aufgrund ihrer Volkszugehörigkeit zu leiden hatten.

3. Deutsche aus der ehemaligen Sowjetunion stellen inzwischen rund 3,5 Prozent der bundesdeutschen

Gesamtbevölkerung. Sie sind weder im Deutschen Bundestag noch in einem Landtag vertreten und auch auf Stadt- und Bezirksebene nur selten politisch präsent. Wir appellieren daher an die maßgeblichen Parteien, Deutsche aus Russland verstärkt auf ihren Kandidatenlisten zu berücksichtigen.

4. Zu betonen ist die hohe Arbeitswilligkeit Deutscher aus Russland. Viele sind gezwungen, Arbeitsstellen anzunehmen, die weit unter ihrem mitgebrachten Qualifikationsniveau liegen. Nicht zu übersehen ist vor allem die Benachteiligung russlanddeutscher Akademiker bei ihrer beruflichen Integration in der Bundesrepublik. Wir unterstützen deshalb nachdrücklich - die Intensivierung der Beratungsarbeit und der Sprachförderung sowie den verstärkten Einsatz des Akademikerprogramms der Otto-Benecke-Stiftung; - ein transparentes Anerkennungsverfahren für Bildungs- und Berufsabschlüsse und den Ausbau der Möglichkeiten, fehlende Qualifikationsbestandteile nachzuholen.

Zur Bewahrung des kulturellen Erbes: In seinem Kulturkonzept hat der Bund der Vertriebenen festgehalten, dass „die umfangreiche ehrenamtlich geleistete Arbeit in den Hunderten von Heimatstuben, Sammlungen und kleinen Privatmuseen (...) als beispielhaftes kulturelles bürgerschaftliches Engagement anzuerkennen, zu unterstützen und zu fördern“ ist. Diese Einrichtungen haben die Vertriebenen selbst geschaffen. Meist von der Herkunft der Initiatoren abhängig, zeigen sie beispielsweise schlesisches, ostpreußisches, pommersches, sudetendeutsches, siebenbürgisch-sächsisches oder überregionales Kulturgut aus den Heimat- und Siedlungsgebieten der Vertriebenen. Liebevoll sind Erinnerungsgegenstände, volkskundlich wertvolles Museumsgut und Archivalien darin zusammengetragen. Sie erfüllen damit Aufgaben, die nicht ohne Weiteres von Museen, Archiven und Bibliotheken wahrgenommen werden können, sind sie doch auch eine wichtige Stätte der Begegnung für eine breite Öffentlichkeit. Es ist dringend erforderlich, dass diese Einrichtungen dauerhaft erhalten bleiben. Die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen begrüßt deshalb, dass der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien diese Thematik voranbringt und das Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa in Oldenburg dafür neue Denkansätze und Lösungsansätze erarbeitet hat. Grundsätzlich ist es unser Ziel, dass jede dieser Einrichtungen so lange wie möglich an ihrem jeweiligen Ort im Rahmen der bisherigen Trägerschaft erhalten bleibt. Hierzu wird an die Kommunen appelliert, finanzielle Hilfe zu leisten und auch die Ausstattung, die fachgerechte Aufbewahrung und die Darstellung in der Öffentlichkeit weiterhin zu fördern. In notwendigen Fällen ist eine Sicherung durch die jeweiligen Bundesländer, kommunale Museen oder Patengemeinden anzustreben.

Fortsetzung auf Seite 4

Erforderlich ist vor allem, sämtliche Einrichtungen mit ihrem Kulturgut zu katalogisieren und die entsprechenden Daten in einer zentralen Datenbank im Internet zugänglich zu machen. Der Bund der Vertriebenen begrüßt die dafür bereits durch das Bundesinstitut geschaffenen Grundlagen und die in einigen Bundesländern von der jeweiligen Landesregierung begonnenen und beabsichtigten Initiativen.

Zur Solidarität mit dem tibetischen Volk: Die im Bund der Vertriebenen organisierten deutschen Heimatvertriebenen stellen sich solidarisch an die

Seite des tibetischen Volkes. Die Einhaltung von individuellen Menschenrechten und Volksgruppenrechten, insbesondere der kulturellen Autonomie, ist nicht nur für die betroffenen Minderheiten unverzichtbar sondern auch für ein gedeihliches Miteinander zwischen den Völkern.

Wir appellieren an die internationale Völkergemeinschaft, auf die Einhaltung der Menschenrechte hinzuwirken.

Pressemitteilung des BdV, 14. April 2008

Signale des Aufbruchs—Beckstein schlägt moderate Töne an



Der neue Schirmherr machte den Unterschied zu den Vorjahren. Zwar äußerte der bayerische Ministerpräsident Günther Beckstein (CSU) auf dem 59. Sudetendeutschen Tag in Nürnberg auch deutliche Kritik an der tschechischen Vertriebenenpolitik, insgesamt aber schlug er einen viel moderateren Ton an als zuletzt sein Vorgänger Edmund Stoiber. Vor allem sprach sich Beckstein für einen offenen Dialog mit Prag aus. So bleiben nach diesem Pfingsttreffen der Sudetendeutschen nicht in erster Linie Attacken auf den Nachbarstaat in Erinnerung, vielmehr geht von ihm ein Signal des Aufbruchs aus.

Auch Beckstein ließ am Sonntag zwar keinen Zweifel an seiner Ablehnung der umstrittenen Beneš-Dekrete, die nach dem Zweiten Weltkrieg die Grundlage für die Vertreibung und Enteignung von Deutschen aus der Tschechoslowakei gebildet hatten und nach wie vor in Kraft sind. Aber er knüpfte die Frage eines bayerisch-tschechischen Dialogs an keine Bedingungen. Er forderte von der tschechischen Regierung eine Anerkennung des Unrechts

der Vertreibung – macht dies aber nicht zur Grundvoraussetzung für eine Zusammenarbeit.

Stoiber hatte bei seinen Auftritten in den 15 vergangenen Jahren auf harte Abrechnung mit Prag gesetzt. Noch bei seiner Abschiedsvorstellung vor einem Jahr in Augsburg schloss er abermals ein offizielles Treffen mit der tschechischen Regierungsspitze ohne Beteiligung der Sudetendeutschen Landsmannschaft kategorisch aus. Eine Position, die nicht einmal der damalige Landsmannschaftsvorsitzende Bernd Posselt, ansonsten ein glühender Stoiberianer, geteilt hatte.

Beckstein war es wichtig, den Sudetendeutschen bei seinem Einstand auf deren Pfingsttreffen zu zeigen, dass sie auf ihn als neuen Schirmherren zählen können. Und der Applaus der Zuhörer war ihm sicher, als er die „Verbrechen der Vergangenheit“ anprangerte und eine Kooperation mit Tschechien „auf dem Boden von Wahrheit“ forderte. Aber schon vor dem Sudetendeutschen Tag hatte er in einem Interview deutlich gemacht, dass seiner Ansicht nach gerade die Zusammenarbeit in praktischen Fragen „eher den Boden für eine historische Aufarbeitung des Unrechts“ bereitet als das Beharren auf Bedingungen.

Quelle: Prager Zeitung, 15. Mai 2008

Ein mutiger Zeitzeuge hat uns verlassen

Zum Tod von Alexander Solschenizyn erklärt BdV-Präsidentin Erika Steinbach MdB: Wenige Monate vor seinem 90. Geburtstag ist in Moskau Alexander Solschenizyn gestorben. Der Literaturnobelpreisträger (1970) und Verfasser des monumentalen dreibändigen Dokumentarberichts „Archipel Gulag“ (1970-74) bürgte wie kaum ein Zweiter für eine freiheitliche russische Kultur, die Zarismus und Kommunismus überstand. Der Hass, mit dem ihn die Kommunisten bis ins Jahrzehntelange Exil – zuerst in Deutschland, dann in der Schweiz, schließlich in den USA – verfolgten, gereicht ihm über den Tod hinaus zur Ehre. In seinem literarischen Schaffen hat der Weltkriegssoldat auch die Schrecken des Einmarsches der Sowjetarmee in Ostpreußen

thematisiert. Knapp, aber prägnant heißt es in der letzten Strophe seines Gedichts „Ostpreußische Nächte“:

Wer noch Jungfrau, wird zum Weibe,
und die Weiber – Leichen bald.
Schon vernebelt, Augen blutig,
bittet: »Töte mich Soldat!«
Sieht nicht der getrübbte Blick?
Ich gehör doch auch zu jenen!

Die Massenverbrechen der Roten Armee in Ostdeutschland fanden kaum einen glaubwürdigeren Zeitzeugen als Solschenizyn, der wegen seiner Kritik schließlich selber im Gulag landete. Erst 1994 kehrte er nach Jahrzehnten des Exils in die Heimat zurück. *Pressemitteilung des BdV, 5. August 2008*